

Aus der Fraktion

Thorsten Schick (CDU) und Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Landeshaushalt 2027: Unser Verlässlichkeitsversprechen an 18 Millionen Menschen

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in 1. Lesung den Entwurf des Landeshaushalts 2027 beraten. In der wirtschaftlich schwierigsten Phase seit Bestehen der Bundesrepublik setzt die nordrhein-westfälische Landesregierung dennoch auf Investitionen, Bildung und Entlastung der Kommunen. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und GRÜNEN, Thorsten Schick und Mehrdad Mostofizadeh:

Thorsten Schick: „Wenn die Welt unsicherer wird, müssen die Menschen sich auf ihren Staat verlassen können. Genau das liefern wir mit diesem Haushalt: Verlässlichkeit und eine klare Prioritätensetzung auf das, worauf es ankommt. Kein anderes Bundesland gibt beispielsweise einen größeren Anteil seines Haushalts für Bildung aus als wir. 1300 neue Lehrerstellen im kommenden Jahr sind ein Versprechen an jedes Kind und alle Eltern in Nordrhein-Westfalen. Seit Beginn der Wahlperiode haben wir 12.600 Menschen zusätzlich für unsere Schulen gewonnen – Menschen, die morgens vor der Klasse stehen und dafür sorgen, dass unsere Kinder besser lesen, schreiben und rechnen lernen.“

Wir stärken auch unsere Städte und Gemeinden so entschlossen wie keine Landesregierung vor uns. 9 Milliarden Euro Altschulden haben wir übernommen – sogar noch früher als versprochen. Und wir gehen weiter: Erstmals seit über 50 Jahren erhöhen wir den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes – 360 Millionen Euro mehr ab dem nächsten Jahr. Unter SPD-Landesregierungen ist genau dieser Anteil schmerzlich zusammengekürzt worden. Dieser Haushalt macht den Unterschied zwischen Reden und Regieren. Nordrhein-Westfalen ist ein Aufsteigerland – und dieser Haushalt ist unser Verlässlichkeitsversprechen an die 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen.“

Mehrdad Mostofizadeh: „NRW ist ein starkes und vielfältiges Land. Hier solidarisieren sich die Menschen, packen an und wollen gemeinsam die Zukunft gestalten. Genau das spiegelt auch der Haushalt wider. Wir investieren in das, was Zukunft macht: gute Chancen für Kinder, handlungsfähige Kommunen und wirksamen Klimaschutz – trotz enger Spielräume. Nicht zuletzt deshalb setzt die schwarz-grüne Koalition eine klare Priorität auf Kinder und Bildung. Wir haben die Ausgaben für die frühkindliche Bildung seit dem Jahr 2022 um 2,1 Milliarden Euro auf 6,5 Milliarden Euro angehoben. Das ist ein Anstieg um noch nie dagewesene 48,5 Prozent.“



Wir sind der Überzeugung, dass die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW nur durch eine klimaneutrale Modernisierung möglich ist. Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien. Mit der Zukunftsoffensive NRW wenden wir 2 Milliarden Euro wirksam für Klimaschutz und Klimaanpassung auf. Damit machen wir Schulhöfe und Kitas fit für heiße Sommer, sanieren öffentliche Gebäude und klimafreundliche Mobilität. Wir stärken grünen Stahl, Recyclingbaustoffe und eine moderne Lade- und Schieneninfrastruktur.

In den Kommunen merken die Menschen, ob ihr Alltag funktioniert. Deshalb stärken wir ihre finanzielle Handlungsfähigkeit: Wir haben unsere Städte und Kommunen von fast 9 Milliarden Euro Schulden befreit. Und wir heben den Verbundsatz um 0,5 Prozentpunkte an – seit den 80er Jahren ist das die erste Erhöhung. Wir sind stolz auf alle, die sich für unser Land ins Zeug legen, die NRW zu unserer gemeinsamen Sache machen. Und genau das tun wir auch mit diesem Haushalt.“

Marco Schmitz (CDU) und Benjamin Rauer (Grüne)

„Beratung am Arbeitsmarkt wird einfacher und schneller“

Verständliche und schnelle Beratung ist entscheidend für die Teilhabe am Arbeitsmarkt und die Sicherung von Fachkräften. In der Praxis sind dafür jedoch häufig mehrere Stellen zuständig. Entscheidend ist deshalb, wie gut diese zusammenarbeiten und ihre Angebote miteinander verzahnen. Hybride Beratungsformate können dabei helfen, Wege zu verkürzen und Unterstützung schneller und einfacher zugänglich zu machen – für Arbeitsuchende ebenso wie für Unternehmen. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und Grünen am Donnerstag einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Dazu erklären die arbeitspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und Grünen, **Marco Schmitz** (CDU) und **Benjamin Rauer** (Grüne):

Marco Schmitz: „Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene sind es gewohnt, dass Informationen, Ansprechpartner und Angebote miteinander vernetzt sind – und genau diese Vernetzung erwarten sie zu Recht auch bei Beratung und Unterstützung auf dem Weg in Ausbildung und Arbeit. Deshalb müssen wir bereit sein, unsere Strukturen weiterzuentwickeln und moderne, zukunftssteife Beratungsformen zu nutzen. Vernetzte hybride Beratung kann dabei helfen, die richtigen Ansprechpartner schneller zusammenzubringen, Übergänge zu erleichtern und unnötige Wege zu vermeiden. Für mich ist klar: Persönliche Beratung bleibt wichtig – aber sie muss durch digitale Möglichkeiten sinnvoll ergänzt werden, wenn wir junge Menschen, Fachkräfte und Unternehmen auch künftig gut erreichen wollen.“

Benjamin Rauer: „Beratung muss vom Menschen aus gedacht werden. Wer Unterstützung am Arbeitsmarkt sucht, braucht schnelle und verlässliche Beratung – doch



unterschiedliche Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden machen es für die Menschen oft kompliziert und langwierig. Es ist wichtig, dass wir Beratungsangebote insbesondere für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf weiter verbessern. Durch das Modell der hybriden Beratung, das von Agentur für Arbeit Ahlen-Münster entwickelt wurde, können Beratungsangebote schneller, einfacher und barrierefrei erfolgen. Dieses Modell wollen wir auf ganz NRW ausweiten und auch weitere Organisationen wie beispielsweise Sozialämter, Versicherungen und andere Leistungsbehörden für die hybride Beratung gewinnen.“

Aus der Landesregierung

Haushalt 2027 im Landtag eingebracht: 115,5 Milliarden Euro für Bildung, Sicherheit und starke Kommunen

Minister Dr. Optendrenk: Land investiert 44,4 Milliarden Euro in Bildung und stärkt Kommunen mit erster Verbundsatzserhöhung seit 50 Jahren"

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk hat am Mittwoch, 16. September 2026, den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2027 im Landtag eingebracht. Der Etat umfasst rund 115,5 Milliarden Euro. Zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf legt die Landesregierung das Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 vor, das den Verbundsatz für die kommunalen Zuweisungen erstmals seit 1974 anhebt. Der Haushaltsplanentwurf 2027 setzt klare Schwerpunkte bei Kindern, Jugend und Bildung, Innerer Sicherheit, Investitionen sowie bei der Unterstützung der Kommunen.

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk: „Dieser Haushalt zeigt, diese Landesregierung ist verlässlich. Wir haben klare Prioritäten: bei den Menschen vor Ort, bei den Kindern, bei der Sicherheit. Alles für die Zukunft unseres Landes. Wir priorisieren, wir investieren und wir handeln verantwortungsvoll mit Blick auf kommende Generationen. So sorgen wir dafür, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein starkes, modernes und lebenswertes Land bleibt. Mit Entschlossenheit von heute gestalten wir ein starkes Nordrhein-Westfalen von morgen."

Bildung bleibt größter Schwerpunkt



Für den Bereich Kinder, Bildung und Jugend sind im Haushaltsplanentwurf 2027 Mittel in Höhe von 44,4 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind noch einmal rund 800 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr und entspricht einer Steigerung um rund 24,2 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode 2022. Fast 40 Prozent des gesamten Landeshaushalts fließen damit in Bildung.

Im Schulbereich entstehen 1.323 zusätzliche Lehrerstellen. Das ist der größte Stellenzuwachs im gesamten Landeshaushalt. Insgesamt arbeiten heute rund 12.600 Menschen mehr an den Schulen des Landes als zu Beginn der Legislaturperiode.

Für den Offenen Ganzttag im Primarbereich stehen knapp 1,1 Milliarden Euro bereit. 444 neuen Stellen werden eingerichtet, das Angebot wird weiter ausgebaut. Im Jahr 2027 stehen Mittel für knapp 550.000 Plätze zur Verfügung. Die Ausgaben für die frühkindliche Bildung steigen gegenüber 2026 um weitere 237 Millionen Euro auf knapp 6,5 Milliarden Euro. Die Zuschüsse an die Hochschulen erreichen mit 5,8 Milliarden Euro eine neue Rekordhöhe.

Weitere Stärkung der Inneren Sicherheit

Die Landesregierung setzt ihren Kurs fort, Sicherheitsbehörden personell, technisch und organisatorisch zu stärken. Für die Innere Sicherheit sieht der Entwurf insgesamt rund 7,1 Milliarden Euro vor, davon knapp 4,7 Milliarden Euro für die Polizei.

Mit jährlich 3.000 neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern wächst die Polizei weiter. In den Kreispolizeibehörden soll zeitnah ein Rekordwert von rund 39.500 Planstellen erreicht werden. Die kontinuierliche Priorisierung zeigt Wirkung: Seit 2022 sind die Ausgaben für die Innere Sicherheit um über 1,4 Milliarden Euro gestiegen, ein Plus von knapp 25,7 Prozent.

Land stärkt Städte, Gemeinden und Kreise

Die Unterstützung der Kommunen bleibt auch 2027 ein Schwerpunkt. Die Gesamtzuweisungen an Städte, Gemeinden und Kreise betragen im kommenden Jahr rund 44 Milliarden Euro. Allein über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2027 sollen die Kommunen rund 17,1 Milliarden Euro erhalten und damit so viel wie nie zuvor.



Der Verbundsatz, also die Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes, soll von 23 auf 23,5 Prozent steigen. Eine solche Anhebung hat es seit mehr als 50 Jahren nicht mehr gegeben. Diese Anhebung des Verbundsatzes ist zugleich der Einstieg in einen strukturellen Prozess der kommunalen Staatsmodernisierung – hin zu einer nachhaltigen und dauerhaften Stärkung der kommunalen Finanzausstattung als Beitrag zur Überwindung der strukturellen Unterfinanzierung und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Bereits im laufenden Jahr hat das Land kommunale Altschulden in Höhe von fast 9 Milliarden Euro vollständig in die Landesschuld übernommen. Damit ist die Altschuldenübernahme durch das Land abgeschlossen und die Kommunen entlastet. Die damit verbundenen Zinslasten trägt künftig das Land. Im Haushaltsplanentwurf 2027 sind dafür 250 Millionen Euro vorgesehen.

Mit insgesamt 60 Milliarden Euro ist der Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur das größte Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes. Über einen Zeitraum von zwölf Jahren stellt die Landesregierung rund 31,2 Milliarden Euro für Investitionen bereit. Davon entfallen rund 21,3 Milliarden Euro auf die Kommunen, knapp 10 Milliarden Euro fließen in die Infrastruktur des Landes. Durch die zusätzliche Garantie der Höhe der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz können in Nordrhein-Westfalen innerhalb von zwölf Jahren rund 60 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert werden. Schwerpunkte sind der Ausbau und die Modernisierung von Kitas, Schulen und Verkehrsinfrastruktur. Weitere Mittel sind für Gesundheitsversorgung, energetische Sanierung und Klimaschutz, Sport, Digitalisierung sowie für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft vorgesehen. Finanziert wird das Programm aus Landesmitteln, aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz des Bundes, aus dem Nordrhein-Westfalen rund 21,1 Milliarden Euro erhält, sowie aus Kompensationsmitteln für Steuerausfälle durch das steuerliche Investitionssofortprogramm des Bundes. Bei den kommunalen Steuermindereinnahmen durch den Investitionsbooster greift zudem der auch von der Landesregierung eingeforderte Ausgleich des Bundes: 2027 werden 875 Millionen Euro kompensiert und damit die kommunalen Haushalte entlastet.

Minister Dr. Optendrenk: „Verlässlichkeit zeigt sich vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Deshalb nutzen wir jeden Spielraum, den die Verfassung uns gibt, um die Kommunen zu unterstützen. Die erste Verbundsaterhöhung seit mehr als einem halben Jahrhundert, fast 9 Milliarden Euro übernommene



Altschulden und Gesamtzuweisungen in Rekordhöhe: All das zeigt, dass die Kommunen sich auf ihr Land verlassen können.“

Auch der Bund bleibt in der Verantwortung für eine verlässliche Finanzierung der Kommunen. Zusätzliche Aufgaben müssen mit einer angemessenen Finanzierung verbunden sein.

Verlässlichkeit durch gezielte Zukunftsinvestitionen

Der Haushaltsplanentwurf sieht auch für 2027 wieder erhebliche Mittel für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes vor. Die Investitionsausgaben im Kernhaushalt betragen 12,6 Milliarden Euro. Damit wird das hohe Investitionsniveau aus dem Jahr 2026 stabilisiert.

Die Mittel dienen unter anderem dem Ausbau und der Modernisierung der Infrastruktur, der Digitalisierung, klimaneutralen Technologien und der wirtschaftlichen Transformation. Zusätzlich werden Maßnahmen aus dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur im Umfang von knapp 860 Millionen Euro im Haushaltsplanentwurf 2027 abgebildet. Bis Ende August 2026 sind bereits rund 3,3 Milliarden Euro für Projekte gebunden und 130 Millionen Euro ausgezahlt worden. Damit die Investitionen schneller wirken, will die Landesregierung zugleich bürokratische Hürden abbauen und unter anderem sämtliche landesrechtlichen Dokumentations- und Berichtspflichten auf den Prüfstand stellen. So sollen die Unternehmen ihre Ressourcen vor allem auf Innovationen und Investitionen konzentrieren können.

Kreditaufnahme im verfassungsrechtlichen Rahmen

Die Landesregierung nutzt den grundgesetzlich zulässigen Kreditspielraum im Haushaltsjahr 2027. Aufgrund der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen sowohl die Möglichkeiten der Konjunkturkomponente als auch der strukturellen Verschuldungsmöglichkeit vollständig in Anspruch genommen werden. Geplant ist eine Nettokreditaufnahme von fünf Milliarden Euro. Davon entfallen rund 1,69 Milliarden Euro auf die Konjunkturkomponente und rund 3,31 Milliarden Euro auf die strukturelle Verschuldungsmöglichkeit der Länder.

Minister Dr. Optendrenk: „Entscheidend ist, wofür die finanziellen Spielräume eingesetzt werden. Wir investieren verlässlich in Schulen, Sicherheit und Infrastruktur und stärken damit die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dabei halten wir uns an den verfassungsrechtlichen Rahmen.“

Die erwarteten Steuereinnahmen Nordrhein-Westfalens für die Jahre 2022 bis 2027 liegen auf Basis der Mai-Steuerschätzung 2026 in der Summe rund zwölf Milliarden Euro unter den Erwartungen zu Beginn der Legislaturperiode. Allein für den Zeitraum von 2026 bis 2029 haben sich die erwarteten Steuereinnahmen innerhalb eines Jahres kumuliert um rund sieben Milliarden Euro verringert.

Der Haushaltsplanentwurf 2027 trägt dieser Entwicklung durch eine klare Prioritätensetzung Rechnung. Zum Ausgleich von Mindereinnahmen und zwangsläufigen Mehrausgaben haben die Ressorts für 2027 Einsparungen von rund 1,45 Milliarden Euro erbracht.

Im Bereich der Ministerialverwaltungen wird der zehnprozentige Stellenabbau über fünf Jahre fortgesetzt, der im Endausbau zu einer Reduktion um knapp 550 Stellen führt.

Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2027 im Überblick

Eckdaten	Haushaltsplanentwurf 2027	Haushaltsgesetz 2026
	in Mrd. EUR	
Haushaltsvolumen	115,5	112,3
Steuereinnahmen	83,0	82,0
Steuerfinanzierungsquote	71,8 v.H.	73,0 v.H.
Personalausgaben	39,9	38,3
Personalausgabenquote	34,5 v.H.	34,1 v.H.
Investitionsausgaben	13,5	12,6
Investitionsquote	11,6 v.H.	11,2 v.H.

Land leitet Bundesmittel für kommunale Altschulden vollständig an mehr als 200 Kommunen weiter

Das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilen mit:



Die Landesregierung hat die Umsetzung des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes (LKEG) in Nordrhein-Westfalen beschlossen. In den Jahren 2026 bis 2029 erhält das Land jährlich rund 164 Millionen Euro vom Bund. Das Kabinett hat entschieden, diese Mittel vollständig und ohne Abzüge an die betroffenen Kommunen weiterzugeben. Die Zuweisungen ergänzen die Altschuldenlösung des Landes, mit der Nordrhein-Westfalen bereits kommunale Verbindlichkeiten in Höhe von fast 9 Milliarden Euro übernimmt.

Mehr als 200 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen erhalten noch in diesem Jahr einen Bescheid über ihren Entlastungsbetrag.

Nordrhein-Westfalen hat vorgelegt, der Bund zieht nach

Der Landtag hat im Juli 2025 das Altschuldenentlastungsgesetz (ASEG) beschlossen, auf dessen Grundlage das Land kommunale Liquiditätskredite in Höhe von fast 9 Milliarden Euro in die Landesschuld übernimmt. Mit dem LKEG beteiligt sich nun erstmals auch der Bund an der Entlastung. Nordrhein-Westfalen erhält mit rund 164 Millionen Euro jährlich den größten Anteil: 65,8 Prozent der gesamten Bundesaltschuldenhilfe fließen in das bevölkerungsreichste Land.

Minister Dr. Marcus Optendrenk: „Nordrhein-Westfalen hat bei den kommunalen Altschulden Fakten geschaffen, als der Bund noch debattierte. Fast 9 Milliarden Euro übernimmt das Land, das ist ein erheblicher Kraftakt. Jetzt legt Berlin rund 164 Millionen Euro jährlich obendrauf. Jeder dieser Euro kommt ohne Umwege bei den Kommunen an, ohne Antrag, ohne Verwaltungsaufwand.“

Unbürokratische Auszahlung an die Kommunen

Die Bundesmittel fließen als zweckgebundene Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ). Die Kommunen müssen sie für den Schuldendienst ihrer Liquiditätskredite einsetzen, also für Zins und Tilgung. Einen Antrag müssen sie nicht stellen, die Zuweisung erfolgt per Bescheid.

Grundlage der Verteilung sind die Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag 31. Dezember 2024. Abgezogen werden die Beträge, die das Land bereits über das ASEG übernommen hat. Berücksichtigt werden die verbleibenden Schulden, soweit sie 100 Euro je Einwohner übersteigen.

Ministerin Ina Scharrenbach: „Jede Kommune, die Anspruch hat, bekommt ihren Bescheid automatisch. Kein Antrag, kein Formular, kein Zeitverlust. Die Mittel senken die Zinslast und schaffen Spielraum für das, was die Menschen vor Ort brauchen: Schulen, Straßen, Feuerwehrgerätehäuser, Schwimmbäder. Zusammen mit dem ASEG entsteht eine Entlastung, die in den Rathäusern spürbar ankommt.“

Für die Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr 2026 ist die Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags vorgesehen. Für die Folgejahre 2027 bis 2029 wird die Landesregierung dem Landtag jeweils eine entsprechende Regelung mit dem Haushaltsplanentwurf vorlegen.

Hintergrund: Das Länder- und Kommunalentlastungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat das LKEG am 9. Juli 2026 beschlossen, der Bundesrat hat am 10. Juli 2026 zugestimmt. Das Gesetz umfasst drei Maßnahmen, darunter 250 Millionen Euro jährlich für kommunale Altschuldenhilfe im Zeitraum 2026 bis 2029.

Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen 2026: Mehr Grundstückskäufe, Preise ziehen wieder an

Das Ministerium des Innern teilt mit:

2025 hat sich der Grundstücksmarkt in Nordrhein-Westfalen deutlich erholt. Im Berichtsjahr wurden in Nordrhein-Westfalen 124.201 Kauffälle über bebaute und unbebaute Grundstücke sowie Wohnungs- und Teileigentum mit einem Geldumsatz von 46,01 Milliarden Euro mitgeteilt. Der Flächenumsatz lag bei 163,09 Quadratkilometer. Dies sind circa 11.000 Kauffälle (+10 Prozent) mehr als im Vorjahr. Auch der Geldumsatz stieg gegenüber 2024 um circa 5,29 Milliarden Euro (+13 Prozent) an.

Die Anzahl der Kauffälle nahm in fast allen Teilmärkten stark zu. Eine Ausnahme bilden Baugrundstücke für Geschosswohnungsbau, deren Zahl auf dem Niveau des Vorjahres blieb, sowie Baugrundstücke für Gewerbe und Industrie, bei denen die Zahl der Kauffälle weiter zurückging. Beim Geldumsatz sind mit Ausnahme

der Baugrundstücke für Gewerbe und Industrie durchweg Zuwächse zu verzeichnen. Die Preise stagnierten nur bei den Baugrundstücken für Gewerbe und Industrie, während sie in allen anderen Teilmärkten stiegen.

Die Anzahl der Kauffälle für unbebaute Baugrundstücke nahm um 18 Prozent zu, der Geldumsatz erhöhte sich um 12 Prozent. Insbesondere der Geldumsatz bei Baugrundstücken für den individuellen Wohnungsbau wuchs (+39 Prozent) an. Die Preise unbebauter Baugrundstücke für den individuellen Wohnungsbau haben sich im Schnitt um zwei Prozent leicht erhöht (Bandbreite: (±0 Prozent bis +15 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr sind auch die Preise für unbebaute Baugrundstücke für den Geschosswohnungsbau gestiegen (+5 Prozent). Erneut war ein leichter Preisanstieg in den Kreisen bei den landwirtschaftlichen Grundstücken (+8 Prozent) zu verzeichnen. Auch bei den forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sind die Preise in den Kreisen gestiegen (+7 Prozent).

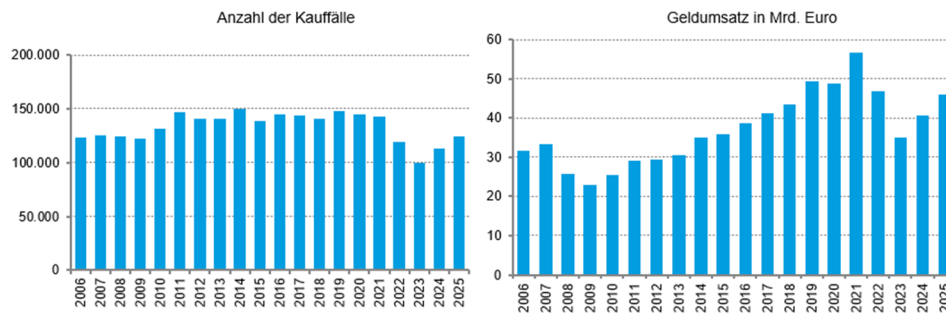
Die Anzahl der Kauffälle hat bei den bebauten Grundstücken insgesamt um 8 Prozent zugenommen, der Geldumsatz stieg ebenfalls (+11 Prozent). Der Geldumsatz bei Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhte sich landesweit um 13 Prozent, während die Preise durchschnittlich um drei Prozent gestiegen sind.

Die Anzahl der verkauften Eigentumswohnungen in Nordrhein-Westfalen erfuhr im Berichtsjahr eine Steigerung von elf Prozent, der Geldumsatz wuchs um 19 Prozent und die Preise verteuerten sich landesweit um sieben Prozent.

Die höchsten Baulandpreise für individuellen Wohnungsbau in mittleren Wohnlagen werden in Düsseldorf mit 1.100 Euro/qm erzielt. Bodenpreise ab 650 Euro/qm finden sich in fünf weiteren Städten, hauptsächlich in der Rheinschiene. Dagegen kann in einzelnen rein ländlich strukturierten Gebieten, beispielsweise in der Eifel oder in der Region Sauer- und Siegerland oder Ostwestfalen/Lippe, der Quadratmeter erschlossenes Bauland in mittleren Wohnlagen noch für einen Preis von unter 50 Euro erworben werden.

Beim Wohnungseigentum (Erstverkauf in mittlerer Lage) wurden die höchsten Preise in Düsseldorf mit rund 7.040 Euro/qm, in Münster mit 6.615 Euro/qm, in Köln mit 6.490 Euro/qm und in Bonn mit 6.295 Euro/qm gezahlt.

Entwicklung der Anzahl der Kauffälle und des Geldumsatzes in Mrd. Euro aller Teilmärkte



Diese und andere Daten enthält der Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen 2026 (Berichtszeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2025), der jährlich vom Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Land Nordrhein-Westfalen erstellt wird und das Ergebnis der Auswertung des Datenmaterials der örtlichen Gutachterausschüsse enthält. Der Bericht informiert umfassend und aktuell über Umsätze, Preise und Preisentwicklungen auf allen Grundstücksteilmärkten in Nordrhein-Westfalen.

Der Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen sowie die dem Bericht zugrundeliegenden Grundstücksmarktdaten können unter www.boris.nrw.de kostenlos heruntergeladen werden.

Nordrhein-Westfalen boomt beim Windenergieausbau – Landesgesetz sichert Erfolge langfristig

Ministerin Neubaur: Mehr Akzeptanz für Windenergie als Säule einer resilienten und nachhaltigen Energieversorgung

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Nordrhein-Westfalen ist beim Ausbau der Windenergie bundesweit führend – und hat zugleich seine Flächenziele für 2032 als erstes Bundesland vollständig erfüllt. Diesen Vorsprung will die Landesregierung langfristig sichern. Das Kabinett hat daher den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NRW-WindBG) beschlossen. Damit werden die Vorgaben des Bundes im Landesrecht verankert und die Voraussetzungen für einen ambitionierten, akzeptanzgesicherten und verlässlichen weiteren Ausbau geschaffen.



Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Nordrhein-Westfalen zeigt: ambitionierter Windenergieausbau funktioniert. Wir sind bundesweit Spitzenreiter bei Genehmigungen und Zubau und haben unsere Flächenziele für 2032 sechs Jahre früher als nötig erfüllt. Jetzt sorgen wir dafür, dass dieser Vorsprung bleibt. Mit dem neuen Gesetz sichern wir die ausgewiesenen Flächen langfristig ab, geben den Regionen mehr Flexibilität und schaffen Verlässlichkeit für den weiteren Ausbau. So stärken wir zugleich die Akzeptanz für Windenergie als tragende Säule einer resilienten und nachhaltigen Energieversorgung. Leider schafft der Bund aktuell mit der EEG-Novelle und dem Netzanschlusspaket neue Rahmenbedingungen, die den Ausbau der Erneuerbaren erschweren könnten. Hier brauchen wir Anpassungen, die einen wirtschaftlichen und kontinuierlichen Ausbau der Erneuerbaren unterstützen – und keine zusätzlichen Hürden.“

Spitzenreiter bei der Windenergie

Nordrhein-Westfalen belegt seit zwei Jahren nicht nur bei der Anzahl der erteilten Genehmigungen mit Abstand den ersten Platz im Ländervergleich, sondern steht auch beim Zubau an der Spitze des bundesweiten Rankings. Allein in 2025 wurden 975 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 6,1 GW genehmigt und 271 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 1,4 GW zugebaut – ein neuer Rekordwert.

Daneben hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland im gesamten Landesgebiet die Flächenziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes des Bundes umgesetzt – und das 6 Jahre vor der Frist im Jahr 2032. Alle sechs Planungsregionen haben ihre jeweiligen Teilflächenziele erreicht. Dort wird die Windenergie auf die planerisch ausgewiesenen Windenergiebereiche gelenkt. Vorhaben außerhalb dieser Bereiche sind dort nicht mehr privilegiert zulässig.

Erfolge langfristig sichern – Flexibilität für Kommunen

Mit dem neuen Landesgesetz will die Landesregierung diesen Erfolg langfristig absichern. Die Flächenziele werden erstmals vollständig im Landesrecht verankert – einschließlich des Zwischenziels für 2027. Das schafft zusätzliche Verlässlichkeit für Regionen, Kommunen, Unternehmen und Projektierer.

Gleichzeitig berücksichtigt das Gesetz, dass die Anrechenbarkeit ausgewiesener Flächen dynamisch ist. Flächen können beispielsweise durch erfolgreiche Klagen

gegen Regionalpläne oder aus anderen Gründen nachträglich entfallen. Die Erfüllung der Flächenziele muss deshalb dauerhaft gesichert werden. Dafür schafft das NRW-WindBG zusätzliche Flexibilität: Planungsregionen können sich künftig bei der Erfüllung ihrer Teilflächenziele durch eine rein rechnerische Übertragung von Windenergiebereichen gegenseitig unterstützen. Darüber hinaus können zusätzliche, von Kommunen ausgewiesene Flächen angerechnet werden.

Der Gesetzentwurf wird nun im Landtag beraten.

Hintergrundinformationen

Der Bund verpflichtet die Länder mit seinem Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG Bund), einen bestimmten Anteil ihrer Fläche für die Windenergie bis zu den Stichtagen 31. Dezember 2027 und 31. Dezember 2032 auszuweisen. Nordrhein-Westfalen hat diese Pflicht mit der 2. Änderung des Landesentwicklungsplans so umgesetzt, dass die Flächen auf der Ebene der Regionalplanung ausgewiesen werden. Alle sechs Planungsregionen haben entsprechende Planverfahren durchgeführt und ihre jeweiligen Teilflächenziele für das Jahr 2032 mittlerweile erreicht. Das WindBG Bund betrachtet die Anrechenbarkeit der Flächen jedoch dynamisch, d.h. nach dem einmaligen Erreichen der Zielwerte kann nachträglich eine Zielverfehlung eintreten, wenn zum Beispiel Regionalpläne erfolgreich beklagt werden oder ausgewiesene Flächen entfallen. In diesen Fällen müssen die Flächenziele erneut erreicht werden.

Treibhausgas-Emissionen: Rückgang um vier Prozent im Jahr 2025

Ministerin Neubaur: Nordrhein-Westfalen setzt erfolgreiche Klimaschutzpolitik fort und investiert wie nie zuvor in konkrete Maßnahmen für Alle

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Die Klimaschutzpolitik des Landes wirkt. Das zeigen die jüngsten Daten zum Ausstoß von Treibhausgasen in Nordrhein-Westfalen: Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Emissionen 2025 um rund vier Prozent zurück. Insgesamt wurden noch



171,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert. Seit 1990 hat sich der Ausstoß damit mehr als halbiert (minus 53 Prozent). Dies geht aus vorläufigen Zahlen des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUK) hervor. Auch im Vergleich zum Bundesschnitt liegt Nordrhein-Westfalen vorne: Im selben Zeitraum sanken die Treibhausgase im Bund nur um 48 Prozent.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Die Zahlen zeigen: Nordrhein-Westfalen ist beim Klimaschutz auf einem guten Weg – und unsere Maßnahmen wirken. Gleichzeitig dürfen wir nicht nachlassen weitere Emissionsminderung durch Investitionen zu erreichen. Klimaschutz gelingt nicht durch weniger Industrie, sondern durch ihre Modernisierung. Mit der Zukunftsoffensive haben wir deshalb zwei Milliarden Euro mobilisiert, um Klimaschutz und Klimaanpassung mit wirtschaftlicher Modernisierung zu verbinden. Wir investieren damit so viel wie noch nie in moderne Infrastruktur, klimafreundliche Mobilität, widerstandsfähige Kommunen und eine starke Industrie. So senken wir Emissionen und sichern Wertschöpfung. Wir machen Nordrhein-Westfalen zukunftsfest – ökologisch wie wirtschaftlich.“

Die Ergebnisse der Sektoren im Überblick

Sektoren sind sortiert nach Höhe der Emissionen (Veränderungen gegenüber Vorjahr):

- Die **Energiewirtschaft** bleibt größter Verursacher von Treibhaus-Emissionen, trotz deutlicher Rückgänge 2025 (minus 6 Prozent) und 2024 (minus 10 Prozent). Minderungen gehen zurück auf eine geringere Strom- und Wärmeerzeugung aus Braunkohle und Mineralöl sowie den starken Ausbau Erneuerbarer Energien (insbesondere Photovoltaik).
- Die Emissionen im Sektor **Industrie** sinken im Jahr 2024 geringfügig um 1,3 Prozent. Im vergangenen Jahr sanken die Emissionen um 7 Prozent. Das ist unter anderem auf Produktionsrückgänge in energieintensiven Branchen, hohe Energiepreise und rückläufigen Energieeinsatz bei Steinkohle zurückzuführen. Nordrhein-Westfalen will die Emissionsminderung mit einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie erreichen. Das Land unterstützt energieintensive Unternehmen deshalb gezielt bei der Steigerung industrieller Resilienz und der strategischen Transformation zur Klimaneutralität.



- Im **Verkehr** sanken die Emissionen 2025 um zwei Prozent (2024: minus 1,9 Prozent). Gründe: verminderter Kraftstoff- und Energieverbrauch, Effizienzverbesserungen, weitere Zunahme von Elektrofahrzeugen, hohe Kraftstoffpreise und eine konjunkturbedingte Abschwächung des gewerblichen Pkw- und Lkw-Verkehrs. In 2026 wird eine gestiegenen Pkw-Fahrleistung erwartet, welche durch mehr Elektrofahrzeuge und fahrzeugtechnische Verbesserungen überkompensiert werden.
- Bei **privaten Haushalten und Kleinverbrauchern** zeigt sich 2025 eine Emissionssteigerung von 3,2 Prozent nach einer Minderung im Vorjahr 2024 (-2,1 Prozent). Grund dafür sind die im Vergleich zum Vorjahr kältere Witterung und ein gestiegener Heizbedarf.
- In der **Landwirtschaft** blieben die Emissionen im vergangenen Jahr konstant (2024: -4,8 Prozent). Grund: 2025 gleichen sich die Effekte aus einer erwarteten Zunahme von Kalkungs- und Düngeremissionen sowie stabilisierten Tierbeständen mit sinkenden Lachgasemissionen aus Böden weitgehend aus.

Hintergrund

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Klimaschutz Nordrhein-Westfalen erhebt kontinuierlich die Daten zu den in Nordrhein-Westfalen entstehenden Treibhausgasemissionen und orientiert sich dabei an den Vorgaben des „Weltklimarats“ (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2006)). Das LANUK veröffentlicht die Daten jährlich mit jeweils vorläufigen Zahlen für das Vorjahr und den verifizierten Zahlen für das davorliegende Jahr.

65 Jahre Anwerbeabkommen: Ministerpräsident Wüst dankt Gastarbeitern und würdigt Leistung und gemeinsame Geschichte türkeistämmiger Menschen für Nordrhein-Westfalen

Festakt am historischen Ort am Flughafen Düsseldorf / Wüst: Der Erfolg unseres Landes beruht auch auf dem Mut und Eifer der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Nordrhein-Westfalen

Die Staatskanzlei teilt mit:



Vor 65 Jahren wurde das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. Mit einer Festveranstaltung würdigt die Landesregierung am Freitag, 18. September 2026, die Lebensleistung und gemeinsame Geschichte der Menschen mit Wurzeln in der Türkei, die als sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zusammen mit ihren Familien in den 1960er und 1970er Jahren nach Nordrhein-Westfalen kamen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Der Erfolg unseres Landes beruht in großem Maße auf dem Fleiß der Generationen vor uns. Und dazu gehören besonders auch der Arbeitseifer und der Mut der Menschen, die vor 65 Jahren ihre Heimat verlassen haben, um nach Deutschland zu kommen, aus der Türkei, aber auch aus Italien, aus Spanien und Griechenland, Marokko, Tunesien, Portugal, dem ehemaligen Jugoslawien. Sie haben mit ihrer Arbeit in der Stahlproduktion, unter Tage, in Fabriken, im Handwerk und in der Textil- und Elektroindustrie die Grundlage für unseren heutigen Wohlstand wesentlich mit geschaffen.

Das vor 65 Jahren zwischen Deutschland und der Türkei geschlossene Anwerbeabkommen sollte eine Lösung auf Zeit sein. Aber dazwischen gekommen ist das Leben und die Menschen selbst. Trotz aller Widrigkeiten und oft ohne Anerkennung für ihre Leistung, haben sich viele von ihnen entschieden, zu bleiben. Die Kinder und Enkelkinder der damaligen Gastarbeiter sind heute Lehrerinnen, Polizisten, Unternehmer, Vereinsvorsitzende. Der Beitrag der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ist Teil der Geschichte unseres Landes. Sie haben unser Land vielfältiger, offener und stärker gemacht. Für ihren großen Einsatz für Nordrhein-Westfalen in all den Jahren gebührt ihnen unser größter Respekt und unser tiefempfunder Dank. Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Gefühl ‚nicht richtig dazugehören‘ ist für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bis heute real. Umso mehr ist es die Aufgabe für Politik, Medien und die Zivilgesellschaft sich für Offenheit und Toleranz und gegen Vorurteile und Ausgrenzung einzusetzen.“

Der Festakt findet am Flughafen Düsseldorf statt. Dort erreichten 1961 die ersten sogenannten Gastarbeiter aus der Türkei Nordrhein-Westfalen. Neben Ankommenden der ersten Stunde und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind rund 250 türkeistämmige Menschen aus mehreren Generationen sowie Vertreter der Republik Türkei zu Gast. Zu ihnen gehören der Botschafter der Republik Türkei in Deutschland, Gökhan Turan, Ahmet Necati Sezer, erster Integrationsbeauftragter der Stadt Gronau, die deutschsprachige Poetry-Slam-Meisterin Ayşe İrem und

Can Genç, ein Enkel der Familie Genç, die bei dem rassistischen Brandanschlag von Solingen 1993 fünf Angehörige verlor. Im Mittelpunkt stehen ihre persönlichen Lebensgeschichten und die Würdigung ihrer Verdienste um Nordrhein-Westfalen.

Das Anwerbeabkommen wurde am 30. Oktober 1961 durch den Austausch von Verbalnoten zwischen dem Auswärtigen Amt in Bonn und der Türkischen Botschaft geschlossen. Ziel war es, zunächst für zwei Jahre Arbeitskräfte für die stark wachsende deutsche Wirtschaft zu gewinnen. In den darauffolgenden zwölf Jahren reisten rund 867.000 Frauen und Männer aus der Türkei nach Westdeutschland ein, vor allem ins Ruhrgebiet, um dort in den Zechen, an Förderbändern und in den Fabrikhallen zu arbeiten. 1964 wurde die ursprünglich vorgesehene Befristung auf zwei Jahre aufgegeben, ein dauerhafter Aufenthalt wurde möglich. Durch den erleichterten Nachzug holten viele Eingewanderte ihre Familien nach. Aus einem befristeten Arbeitsaufenthalt wurde für viele eine neue Heimat. Diese Entwicklung prägt Nordrhein-Westfalen bis heute.

Würdigung, Erinnerung und Dialog über vier Generationen

Bei der Festveranstaltung kommen türkeistämmige Menschen aus vier Generationen mit ihren persönlichen Geschichten zu Wort, etwa in zwei von der Journalistin Elif Şenel moderierten Talkrunden mit Mitat Özdemir (ehemaliger Arbeiter bei Ford), Fatma Tuna (Kulturvermittlerin) und Osman Okkan (Journalist und Dokumentarfilmer). Darüber hinaus sprechen Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert, der Bundestagsabgeordnete Serdar Yüksel aus Essen und der Journalist Murat Bayraktar. Den künstlerischen Rahmen gestalten drei Schülerinnen des Gymnasiums Eickel in Herne mit ihrem Bağlama-Ensemble um Haydar Yakıt, sowie Ayşe İrem, Gewinnerin der internationalen deutschsprachigen Poetry-Slam-Meisterschaften 2025.

Premiere Video-Projekt und Fotoausstellung

Einen weiteren Programmpunkt bildet das Video-Projekt „Augenhöhe“ der Schauspielerin und Autorin Renan Demirkan, das in Teilen erstmals gezeigt wird. In den Aufnahmen erzählen türkeistämmige Menschen der ersten Generation ihre Geschichten von Migration, Ankommen und dem Leben in Deutschland. Inhaltliche Schwerpunkte sind Familie, Gesundheit und Arbeit. Die lebensgroße digitale Video-Installation soll im kommenden Jahr bundesweit in Fußgängerzonen und Rathäusern zu sehen sein. Renan Demirkan kam im Alter von sieben Jahren



mit ihren Eltern aus der Türkei nach Deutschland und wurde für ihre Arbeit sowie für ihr gesellschaftliches Engagement vielfach ausgezeichnet.

Renan Demirkan: „Das Anwerbeabkommen hat mich zu der gemacht, die ich heute bin. Ich wurde eine andere durch Deutschland, dieses Land wurde anders durch mich und durch all die ‚unsichtbaren Zugereisten‘. Die erste Generation war lange zu unsichtbar. Ich möchte ihre Geschichten so groß erzählen, dass sie unübersehbar werden und uns auf Augenhöhe begegnen.“

Erstmals gezeigt wird zudem die Fotoausstellung „Zu Hause! Memleket! Nordrhein-Westfalen feiert 65 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen“. Sie porträtiert türkeistämmige Menschen aus Nordrhein-Westfalen und erzählt ihre persönlichen Geschichten. Die Porträtaufnahmen stammen unter anderem von dem Kölner Fotografen Guenay Ulutuncok. Zu den Porträtierten gehören Sabri Aydın, der im Sommer 1961 als einer der ersten Pioniere noch vor dem Abkommen nach Düsseldorf kam, Durmuş Genç, der bei dem rassistischen Brandanschlag von Solingen fünf Angehörige verlor, sowie bekannte Persönlichkeiten wie der ehemalige Kapitän der Fußball-Nationalmannschaft İlkay Gündoğan. Sie alle stehen stellvertretend für rund eine Million Menschen mit türkischer Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen und zeigen, wie unterschiedlich die Wege und wie groß die Verdienste dieser vier Generationen sind.

Hintergrund Nordrhein-Westfalen und die Türkei

Nordrhein-Westfalen ist Heimat für rund eine Million Menschen mit Wurzeln in der Türkei, knapp 500.000 von ihnen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Das ist ein Drittel aller in Deutschland lebenden Menschen mit türkischem Pass. Die größten Gemeinschaften bestehen in Köln, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen und Düsseldorf.

Keine Region weltweit ist so eng mit der Republik Türkei verbunden wie Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist eine zentrale Drehscheibe der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. Das jährliche Handelsvolumen liegt stabil bei 10 bis 12 Milliarden Euro und damit bei rund einem Fünftel des gesamten deutsch-türkischen Handels. Im vergangenen Jahr kamen aus der Türkei die meisten ausländischen Direktinvestitionen nach Nordrhein-Westfalen. Zwischen



25.000 und 30.000 kleine und mittlere Betriebe im Land werden von Menschen mit türkischen Wurzeln geführt.

Auch gesellschaftlich reichen die Verbindungen weit. Mehr als die Hälfte aller türkischen Studierenden in Deutschland ist an nordrhein-westfälischen Hochschulen eingeschrieben. Rund 35 Städtepartnerschaften verbinden beide Länder, fast jede zehnte Kommune des Landes hat einen türkischen Partner. Und mit vier Generalkonsulaten der Republik Türkei beherbergt Nordrhein-Westfalen mehr türkische Auslandsvertretungen als jedes andere Bundesland.

Nordrhein-Westfalen-Plan: Landtag beschließt Investitionsoffensive für Künstliche Intelligenz in der Robotik

Bis zu 100 Millionen Euro für landesweites Projekt KIRO.NRW

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Roboter, die Menschen in ihrem Zuhause oder im öffentlichen Raum, beispielsweise in Bibliotheken und Ämtern, unterstützen. Am Körper getragene Stützstrukturen – sogenannte Exoskelette – die Patientinnen und Patienten nach Operationen helfen, wieder laufen zu lernen. Oder Logistik-Roboter, die den Warenverkehr deutlich verbessern. All das soll bald Alltag werden. Hierfür muss unter anderem erforscht werden, wie Roboter dynamische Umgebungen wahrnehmen, Gelerntes auf neue Situationen übertragen und wie sie sich möglichst einfach und sicher bedienen lassen.

Mit dem neuen Projekt „Infrastruktur für Forschung und Transfer in KI-basierter Robotik“ (KIRO.NRW) will Nordrhein-Westfalen eine national wie international wettbewerbsfähige Infrastruktur zu Künstlicher Intelligenz in der Robotik aufbauen, um durch Investitionen in Spitzenforschung den Transfer in marktfähige Innovationen zu beschleunigen. Das landesweite Konsortium unter der Koordination der Universität Bonn plant den Projektstart bis Ende 2026.



Am Mittwoch, 16. September 2026, hat der Landtag die Landesregierung auf Antrag der regierungstragenden Fraktionen beauftragt, den Aufbau der neuen Infrastruktur für KI-basierte Robotik mit bis zu 100 Millionen Euro aus dem „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“ zu fördern. Der Nordrhein-Westfalen-Plan ist mit 60 Milliarden Euro das größte Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes. Kultur- und Wissenschaftsministerin Ina Brandes hat am Mittwochabend im Plenum zur Bedeutung des Projekts und der Spitzentechnologie Stellung genommen.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Nordrhein-Westfalen hat eine europaweit einzigartige Dichte an leistungsstarken Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag auf Nordrhein-Westfalens Weg zum führenden KI-Land. Als Landesregierung fördern wir konsequent die Zukunftstechnologien – auch um unabhängiger von Staaten zu werden, die unsere Werte nicht teilen. KIRO.NRW ist ein wichtiger Baustein zu mehr technologischer Souveränität. Die beteiligten Einrichtungen werden noch enger zusammenarbeiten, ihre wissenschaftliche Exzellenz und Innovationsstärke weiter ausbauen. Davon profitieren die Menschen unmittelbar, wenn sie etwa präzisere Operationen und robotergestützte Therapien oder effizientere Baustellen erhalten. Ich freue mich daher sehr, dass der Landtag das Projekt unterstützt.“

Die nordrhein-westfälische Hochschul- und Forschungslandschaft ist im Bereich KI-basierte Robotik bereits sehr gut aufgestellt. Unter KIRO.NRW haben sich acht führende Forschungsstandorte zusammengeschlossen. Neben der koordinierenden Universität Bonn sind die RWTH Aachen, TU Dortmund, Universität Bielefeld, Universität Duisburg-Essen, TH Köln, Fraunhofer-Institut IML Dortmund und Fraunhofer-Institut IAIS St. Augustin beteiligt. Konkret geplant ist die Errichtung von vier themengebundenen und standortübergreifend vernetzten Reallaboren: „KI-basierte Servicerobotik in Alltagsumgebungen“, „Produktion und Logistik“, „Medizin/Gesundheit“ sowie „Field Robotics“ (Landwirtschaft und Bauwesen). Mit dem Projekt wird zugleich die Basis gelegt, um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, neue Produktionslinien aufzubauen und die Qualifizierung von Fachkräften im Bereich KI und Robotik voranzutreiben.

Durch den Zusammenschluss der acht Standorte in vier dezentralen Reallaboren ergeben sich viele Vorteile. Beispielsweise wird durch die gemeinsame Bearbei-

tung von Fragestellungen die Datenmenge erhöht, die für das KI-Training benötigt wird. Zudem entstehen Synergien bei Querschnittsthemen wie der „Mensch-Roboter-Interaktion“. Roboter sollen unter realen Bedingungen mit Menschen interagieren und zunehmend komplexe Aufgaben in veränderlichen Umgebungen übernehmen – etwa in unterschiedlichen Räumen mit unterschiedlicher Möblierung. Sie lernen, auch Aufgaben zu bewältigen, die nicht vorhersehbar sind, also nicht vorab exakt programmiert werden. Die Ergebnisse können standortübergreifend genutzt werden.

KIRO.NRW ergänzt die Maßnahmen, die der Bund als „KI-Robotik-Booster“ im Rahmen der Hightech Agenda Deutschland (HTAD) angestoßen hat. Durch die Vernetzung der Forscherinnen und Forscher sind bereits neue Kooperationen entstanden, die zum Beispiel bei der HTAD-Ausschreibung des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt für so genannte „Robo-Hubs“ gemeinsam ins Rennen gegangen sind. Robo-Hubs sind groß angelegte, themenzentrierte Transferzentren, die als praxisnahe Brücken zwischen Wissenschaft und Industrie fungieren und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Zugang zu zukunftsweisenden Technologien ermöglichen sollen. Die fünf Bewerber-Teams aus Nordrhein-Westfalen oder mit NRW-Bezug haben alle eine Verbindung zu KIRO.NRW. Die Entscheidung über die Förderung der Robo-Hub-Konzepte wird der Bund Anfang Oktober bekannt geben.

Zukunftsinvestitionen für Hochschulen, Hochschulmedizin und Forschungseinrichtungen

Aus dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur stehen insgesamt 2,3 Milliarden Euro für die Bereiche Hochschulen, Hochschulmedizin und Forschung zur Verfügung. Mit dem Geld werden Investitionen finanziert, die auf die großen Zukunftsthemen einzahlen und den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig stärken und nach vorne bringen: Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, die Bekämpfung der großen Volkskrankheiten sowie Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Gefördert werden hochwirksame Investitionen, die maximale Wirkung entfalten können und deren Finanzierung aus dem laufenden Haushalt nicht vorgesehen war.



Hintergrund Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur

Der Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur ist das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der Geschichte des Landes. Über einen Zeitraum von zwölf Jahren stellt die Landesregierung rund 31,2 Milliarden Euro für Investitionen bereit. Davon entfallen rund 21,3 Milliarden Euro auf die Kommunen, während knapp 10 Milliarden Euro in die Infrastruktur des Landes investiert werden. Durch die zusätzliche Garantie der Höhe der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz können in Nordrhein-Westfalen innerhalb des Zeitraums von zwölf Jahren rund 60 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert werden. Zusätzlich entlastet das Land die Kommunen unter anderem durch eine anteilige Übernahme kommunaler Altschulden.

Insgesamt soll der Nordrhein-Westfalen-Plan dazu beitragen, bestehende Investitionsrückstände abzubauen, wichtige Infrastruktur zu modernisieren und neue Projekte schneller umzusetzen. Städte, Gemeinden und weitere Träger erhalten damit verlässliche Rahmenbedingungen, um zentrale Vorhaben vor Ort anzustoßen und Infrastruktur langfristig zu stärken.

Nordrhein-Westfalen schafft neue Transferstelle: Integrationsbegleiterinnen stärken und entlasten Kitas

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration teilt mit:

Das Kinder- und Jugendministerin stellt das erfolgreiche Programm der Integrationsbegleiterinnen neu auf: Gemeinsam mit dem neuen Träger Grone Bildung GmbH hat das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration die Transferstelle „Vielfalt begleiten NRW. Integration in Kita und OGS“ entwickelt, die das in Kitas bewährte Projekt auch auf den Offenen Ganzttag in Nordrhein-Westfalen ausweitet.

Frauen mit Flucht- oder Migrationserfahrung unterstützen nach ihrer Qualifikation als Integrationsbegleiterinnen die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen und mehrsprachigen Familien. Die Transferstelle ermöglicht diese Qualifikation. Dafür stellt das Land für das Jahr 2026 210.000 Euro zur Verfügung. Seit 2017 haben 579 Frauen die Qualifizierung abgeschlossen. Die Transferstelle hat im Mai ihre Arbeit aufgenommen.

Ministerin Verena Schäffer: „Die Transferstelle übernimmt eine wichtige Aufgabe, die an gleich drei zentralen Themen unseres Hauses ansetzt: Frühkindliche Bildung und Betreuung, Integration und die berufliche Integration von Frauen mit Flucht- oder Migrationserfahrung. Gemeinsam mit dem neuen Bildungsträger Grone können wir jetzt inhaltlich neue Impulse umsetzen. Gerade für Frauen mit Flucht- oder Migrationserfahrung ist die neue berufliche Perspektive eine echte Chance, von der auch unsere Fachkräfte in den Kitas profitieren.“

Die Qualifizierung zur Integrationsbegleiterin beinhaltet derzeit eine siebenmonatige Ausbildung, bestehend aus einem viermonatigen schulischen Teil an zwei Vormittagen pro Woche sowie einem dreimonatigen Praktikum in einer Kita mit insgesamt 14 Stunden pro Woche. Zukünftig sollen die teilnehmenden Frauen in der Qualifizierung noch umfangreicher auf das Einsatzfeld Offener Ganztage vorbereitet werden. Zudem sollen datenschutzkonforme digitale Werkzeuge in der Elternkommunikation und Sprachförderung zum Einsatz kommen.

„Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Kommunen, Jobcentern und Agenturen für Arbeit, Trägern von Betreuungsangeboten sowie Schulungsanbietern. Wir werden uns an den verschiedenen Schnittstellen aktiv einbringen und weitere Standorte dabei unterstützen, die Qualifizierung zur Integrationsbegleiterin erfolgreich anzubieten“, sagt Dr. Katy Teubener, Leiterin der Transferstelle „Vielfalt begleiten NRW“.

Die Transferstelle unterstützt die landesweite Verbreitung und Weiterentwicklung des Modells der Integrationsbegleiterinnen. Sie entwickelt Rollenprofile und Qualifizierungsmodule, stellt Arbeitsmaterialien und digitale Praxiswerkzeuge bereit und begleitet neue Standorte bei der Umsetzung. Ziel ist es, zusätzliche Standorte in allen fünf Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens aufzubauen und das Modell dauerhaft in unterschiedlichen regionalen Strukturen zu verankern. Derzeit bieten 13 Standorte in Nordrhein-Westfalen die Qualifizierungsmaßnahme an.

Den Anstoß für die Implementierung der Qualifizierungsmaßnahme an neuen Standorten können Kita-Träger, aber auch Jobcenter geben. Vor Ort bedarf es eines Bildungsträgers, der die Schulung nach erfolgreicher Zertifizierung anbieten

kann. Auf Grundlage der Zertifizierung kann das Jobcenter Qualifizierungsgutscheine für die interessierten Frauen ausstellen und somit die Ausbildung zur Integrationsbegleiterin finanzieren. Diesen Prozess begleitet die Transferstelle.

Neu ist außerdem die Bereitstellung von Praxisideen für Fachkräfte in Kitas und OGS. Der Praxisideen-Finder bietet 116 Aktivitäten zu den Themen Zugehörigkeit, Mehrsprachigkeit, Gefühle und Fairness. Die Vorschläge lassen sich nach dem Alter der Kinder, der verfügbaren Zeit und dem vorhandenen Material filtern.

Der Vielfalt-Kompass ergänzt das Angebot um einen Selbstcheck für Teams. Er regt Einrichtungen dazu an, den eigenen Umgang mit Vielfalt zu reflektieren. Der Selbstcheck verzichtet auf Bewertungen und speichert keine Daten.

Beide Werkzeuge sind kostenfrei und ohne Anmeldung nutzbar. Weitere Angebote für Kindertageseinrichtungen und den Offenen Ganzttag sind in Vorbereitung.

- Weiterführende Informationen für Kitas, OGS-Träger, Kommunen, Jobcenter und Schulungsanbieter: <https://vielfalt-begleiten.nrw>
- Praxisideen-Finder für Fachkräfte: <https://vielfalt-begleiten.nrw/praxisideen-finder>
- Vielfalt-Kompass – Selbstcheck für Teams: <https://vielfalt-begleiten.nrw/vielfalt-kompass>

Landesinitiative Europa-Schecks unterstützt weitere 44 Europa-Projekte

Minister Liminski: Wir geben dem breiten Europa-Engagement Rückenwind

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei teilt mit:

Mit der Initiative Europa-Schecks unterstützt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen vielfältige Projekte europäischen Engagements. Zum letzten von insgesamt fünf Bewerbungstichtagen im Jahr 2026 haben jetzt 44 weitere Projekte



eine Zusage erhalten. Damit steigt die Gesamtzahl der unterstützten Europa-Scheck-Projekte in diesem Jahr auf 250.

Europaminister Nathanael Liminski: „Europa zeigt sich nicht nur in den großen Entscheidungen in Brüssel, sondern jeden Tag ganz konkret vor Ort. Wo unterschiedliche Menschen zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam Verantwortung übernehmen, wird europäischer Zusammenhalt gelebt. Mit unserer Landesinitiative geben wir diesem breiten Europa-Engagement Rückenwind. Die zahlreichen Bewerbungen zum letzten Stichtag dieses Jahres zeigen erneut: Europa ist bei uns in Nordrhein-Westfalen keine abstrakte Idee, sondern eine gemeinsame Aufgabe, die viele Menschen mit Leben füllen. Da wir in diesem Jahr neben dem 80. Jubiläum der Gründung unseres Landes durch die Briten auch 65 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen feiern, ist es sehr erfreulich, dass sich die Projektträger bewusst mit dem Vereinigten Königreich sowie der Türkei beschäftigen und damit unserer besonderen Landesgeschichte Rechnung tragen.“

Unter den erfolgreichen Bewerbungen ist unter anderem die Stadt Köln, die zusammen mit der örtlichen Volkshochschule zum „Europäischen Jahresrückblick“ einlädt und sich dort auch den Entwicklungen seit dem Brexit vor zehn Jahren widmet. Die Stadt Oberhausen greift das Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens auf und erstellt mit Unterstützung eines Europa-Schecks einen Film, der die Geschichte der Gastarbeiter in den Fokus rückt. Erfolgreich beworben hat sich auch „RheinKompass“ mit Sitz in Düren. Die Initiative lädt junge Erwachsene mit Migrationsgeschichte zu Quiz-Abenden ein und informiert so in einem interaktiven Format über verschiedene Aspekte der Europäischen Union.

Die Landesinitiative Europa-Schecks dient der Unterstützung herausragender Projekte, die sich in vielfältiger Weise für die europäischen Werte in Nordrhein-Westfalen einsetzen und den Europagedanken in der Zivilgesellschaft und in der kommunalen Familie stärken. Antragsberechtigt sind unter anderem Vereine, Schulen und Hochschulen, außerschulische Bildungseinrichtungen und Kommunen.

Ausführliche Informationen und Beispiele erfolgreicher Bewerbungen gibt es auf www.europaschecks.nrw. Dort werden Anfang Oktober 2026 auch die Teilnahmebedingungen und Modalitäten für die Bewerbungen für das kommende Jahr bekanntgegeben.

Neue Hochschuleigenbau-Verordnung – Klare Regeln für Hochschulen, die Bauvorhaben selbst umsetzen wollen

Universitäten und HAWen können selbst entscheiden, ob sie allein, mit dem BLB NRW oder einem externen Partner planen und bauen

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Mehr Autonomie für die Hochschulen Nordrhein-Westfalens. Die neue Hochschuleigenbau-Verordnung erleichtert es den Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, eigenverantwortlich zu bauen. Damit schafft das Ministerium für Kultur und Wissenschaft gemeinsam mit dem Ministerium der Finanzen einen verlässlichen Rahmen für die eigenständige Umsetzung von Bauvorhaben auf Liegenschaften des Landes. Die neue Hochschuleigenbau-Verordnung und die zugehörige Verwaltungsvorschrift gelten ab sofort.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Hochschulbau dauert in Nordrhein-Westfalen nach dem herkömmlichen Verfahren oft sehr lange. Von der ersten Idee bis zur Fertigstellung brauchten viele Projekte 12 bis 15 Jahre. Ich komme selbst aus der Planungs- und Bauwirtschaft und weiß, dass das auch schneller geht. Deshalb haben wir jetzt neben der Neuen Masterplanung auch klare Regeln für alle Hochschulen entwickelt, die selbst entscheiden können, ob sie Bauvorhaben allein, mit dem BLB NRW oder einem externen Partner umsetzen wollen. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs im Hochschulbau brauchen wir diese zusätzlichen Möglichkeiten und geben den Hochschulen mehr Freiheit und Verantwortung für ihre Entwicklung.“

Mit der neuen Verordnung können Hochschulen für ihre Objekte vom Land die Bauherreneigenschaft und Eigentümerverantwortung übernehmen und beispielsweise Sanierungen, Neubauten oder Instandhaltungsmaßnahmen in Eigenverantwortung planen und ausführen.

Mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) haben die Hochschulen weiterhin einen starken Partner für die Planung und Umsetzung ihrer Bauvorhaben. Die neue Regelung eröffnet ihnen darüber hinaus nunmehr die Möglichkeit, geeignete Projekte in eigener Verantwortung oder mit Unterstützung Dritter umzusetzen. Damit können sie je nach Vorhaben flexibel zwischen unterschiedlichen Umsetzungsmodellen wählen.

Die neue Hochschuleigenbau-Verordnung schafft somit Verfahrenssicherheit für Hochschulen, die Bauvorhaben eigenständig realisieren wollen, und unterstützt sie dabei, ihre Infrastruktur bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Parallel dazu hat das Land Nordrhein-Westfalen bereits begonnen, die Neue Masterplanung im Hochschulbau einzuführen. Sieben Hochschulen arbeiten bereits mit dem neuen Planungsverfahren, das die Hochschulen unter anderem frei entscheiden lässt, ob sie selbst, mit einem Dritten oder dem BLB NRW planen und bauen wollen.

Kern der Neuen Masterplanung ist eine enge Zusammenarbeit des Wissenschaftsministeriums, des Ministeriums der Finanzen, des BLB NRW und der jeweiligen Hochschule von Beginn an, um Bauprozesse zu verschlanken und zu beschleunigen. Die Neue Masterplanung fokussiert nach dem Trichterprinzip die Planung zielgerichtet und effizient auf jene Maßnahmen, die tatsächlich dringend umgesetzt werden müssen und können.

Mediencouts NRW: Landesregierung erhöht Förderung und weitet Angebot aus

8.500 Mediencouts, 3.600 Beratungsfachkräfte – das Projekt hat sich erfolgreich entwickelt / An mehr als 1.300 Schulen erhalten junge Menschen Orientierung bei der Nutzung digitaler Medien / Erweiterung mit neuen Zielen und mehr Geld

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

Die Landesregierung weitert das Angebot „Medienscouts NRW“ aus. Speziell zu Medienscouts ausgebildete Schülerinnen und Schüler geben an mittlerweile mehr als 1.300 nordrhein-westfälischen Schulen ihren Mitschülerinnen und Mitschülern Orientierung bei der Nutzung digitaler Medien. Das Angebot bekommt ab 2027 zusätzliche Zielsetzungen und Inhalte. Die finanzielle Förderung wird erhöht und ist für weitere drei Jahre gesichert. Das Schulministerium unterstützt das von der Landesanstalt für Medien NRW (LFM NRW) initiierte und betreute Projekt künftig mit jährlich 550.000 Euro und damit mit 50.000 Euro mehr pro Jahr. Bis zum Jahr 2029 stehen so insgesamt 1,65 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit der Auszahlung des Geldes, die Planungssicherheit gibt, sind neun neue Ziele verbunden. Schulministerin Dorothee Feller stellte das erweiterte Programm am Dienstag, 15. September 2026, auf der Medienscouts-Convention in Düsseldorf vor. So sollen die Medienscouts beispielsweise das Thema Demokratiekompetenz in den Schulen noch mehr in den Fokus rücken. Es gibt zusätzliche Qualifizierungs- und Workshopangebote. Neben den weiterführenden Schulen sollen auch Grund-, Förder- und Startchancenschulen sowie Berufskollegs vermehrt oder neu eingebunden werden. Medienscouts, die bereits an Grundschulen tätig waren, sollen ihre Erfahrungen und Kenntnisse nach ihrem Wechsel zu einer weiterführenden Schule auch dort einbringen.

„Wir haben bereits über 8.500 Medienscouts und mehr als 3.600 Beratungsfachkräfte. Das sind sehr gute Zahlen, mit denen das Angebot auch bundesweite Beachtung findet. Ein Ziel der Förderung in den kommenden drei Jahren ist es unter anderem, dass bis 2029 mindestens 30 Prozent der Grundschulen teilnehmen, denn die Förderung von Medienkompetenz kann nicht früh genug beginnen“, sagte die Ministerin. „Und es ist wichtig, dass wir das Angebot noch mehr in die Fläche tragen. Denn die Förderung der Medienkompetenz ist eine Querschnittsaufgabe, die an alle Schulen gehört.“

Die stellvertretende LFM-Direktorin Dr. Petra Gerlach fügte hinzu: „Genau wie virale Trends und bekannte Memes machen auch Desinformation, Manipulation oder Cybergrooming nicht an Schulhofgrenzen halt. Umso wichtiger ist es, dass Medienscouts ihre Erfahrungen teilen, voneinander lernen und erfolgreiche Ideen weitergeben. Die Fortsetzung der Förderung der Medienscouts NRW gibt diesem Engagement Rückenwind. Gerade auf der Convention wird deutlich, wie

wertvoll der landesweite Austausch für die Arbeit der Medienscouts an ihren Schulen ist.“

An diesem Austausch in Düsseldorf beteiligte sich auch Clara aus dem ostwestfälischen Brakel. Sie fungiert an den Schulen der Brede in ihrer Heimatstadt als Medienscout. Schülerinnen und Schüler kommen zu ihr, wenn sie Fragen rund um digitale Kanäle haben, wenn sie unsicher sind, wie sie mit bestimmten Inhalten umgehen sollen, und auch, wenn sie auf belastende Texte und Bilder stoßen und sich Sorgen machen. „Medienscout zu sein heißt für mich, nicht alles zu glauben, was man online sieht, und anderen zu helfen, damit umzugehen und zu verstehen, dass sie damit nicht allein sind“, sagt sie.

Die Veranstaltung, an der rund 250 Medienscouts und Beratungsfachkräfte teilnahmen, stellte Themen in den Vordergrund, welche auch Clara in ihrem Alltag als Ratgeberin und Orientierungshelferin an ihrer Schule bewegen. In Workshops und Diskussionsformaten ging es unter anderem um Desinformation und Manipulationsstrategien im Netz, Radikalisierungsdynamiken auf digitalen Plattformen und Sextortion, also Erpressung mit Nacktbildern. Gemeinsam erarbeiteten die Medienscouts Strategien und Handlungsempfehlungen, die sie anschließend direkt an ihre Schulen weitergeben können.

Auch die Betreuungsfachkräfte nutzten die Medienscouts-Convention, um sich mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Nordrhein-Westfalen zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Erstmals fand auch ein Workshop in Kooperation mit dem WDR-TikTok-Kanal *nicetoknow* statt, bei dem die Teilnehmenden Einblicke in die Produktion journalistischer Inhalte für junge Zielgruppen auf TikTok erhielten. Zum Abschluss der Convention zeigte Content Creator Jon Mesenberg, wie politische und gesellschaftliche Phänomene auf Social Media verständlich vermittelt werden können und warum Medienkompetenz im Umgang mit Informationen wichtiger denn je ist.

Die Convention markierte den Start für einen besonderen Medienscout-Herbst: Erstmals finden in diesem Jahr zwei Conventions statt. Die zweite Veranstaltung folgt am 15. Oktober in Dortmund.



„Es ist toll, dass sich alle hier der wichtigen Aufgabe widmen, jungen Menschen Orientierung im Dschungel der sozialen Medien zu bieten und Risiken beim Konsum der Kanäle zu verringern“, sagte die Ministerin zu den Medienscouts und Beratungsfachkräften in der Landeshauptstadt, „es braucht Euch als Medienscouts mehr denn je – gerade in einer Zeit, in der Desinformationen, Gewalt und Radikalisierung vermehrt im digitalen Raum stattfinden und durch KI zusätzlich begünstigt werden. Denn es geht letztlich um nicht weniger als den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachfolgender Generationen und den Erhalt unserer Demokratie.“ Die stellvertretende LFM-Direktorin Dr. Gerlach ergänzte: „Die Convention hat einmal mehr gezeigt, welche Stärke in diesem gemeinsamen Netzwerk steckt. Mein herzlicher Dank gilt allen Medienscouts und ihren Beratungsfachkräften für ihr Engagement!“

Bezahlbares Wohnen hat Bestand: 51 Millionen Euro für Duisburger City Wohnpark

Ministerin Scharrenbach: Wir bringen den Klimaschutz ins Haus und halten die Mieten bezahlbar

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilt mit:

Nordrhein-Westfalen investiert in modernen Wohnraum und sichert bezahlbare Mieten: Mit 51 Millionen Euro aus der öffentlichen Wohnraumförderung unterstützt das Land die umfassende Modernisierung des City Wohnparks in Duisburg-Hochfeld. Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GEBAG hat das Quartier mit 421 Wohnungen bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 58 Millionen Euro weiterentwickelt. Rund 395 Wohnungen sind öffentlich gefördert und damit langfristig für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen gesichert.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen: „Wir bringen den Klimaschutz ins Haus und halten die Mieten bezahlbar. Mit 51 Millionen Euro aus der öffentlichen Wohnraumförderung geben wir dem City Wohnpark eine Zukunft, von der die Menschen vor Ort profitieren. Wir erhalten wertvolle Bausubstanz, verbessern die Wohnqualität und stärken die Nachbarschaft. So wird aus grauer Energie eine

goldene Investition in bezahlbares Wohnen. Die Modernisierung des City Wohnparks steht beispielhaft für den Anspruch der öffentlichen Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen: Wohnungen, die sicher, ökologisch-sauber und für die Menschen bezahlbar sind.“

Mit 12 Milliarden Euro von 2023 bis 2027 stellt die Landesregierung so viel Geld wie nie zuvor für die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum bereit und ist damit der Stabilitätsanker für die Bau- und Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Modernisierungsförderung verbindet energetische Verbesserungen mit höherer Wohnqualität und sichert zugleich die Bezahlbarkeit der Mieten.

Sören Link, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg: „Die Modernisierung des City Wohnparks ist eine Investition, die ganz unmittelbar den Menschen hier in Hochfeld zugutekommt. Bausubstanz zu erhalten und Bestand in dieser Form aufzuwerten ist gut für das Klima – und das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen.“

Winand Schneider, Geschäftsführer der GEBAG: „Ein Projekt dieser Größenordnung lässt sich nur gemeinsam erfolgreich umsetzen. Entscheidend war für uns deshalb die verlässliche und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Projektpartnern – von den Planern und ausführenden Unternehmen bis zu den beteiligten Stellen der öffentlichen Wohnraumförderung. Besonders die enge Abstimmung mit der NRW.BANK und der Bewilligungsbehörde hat dazu beigetragen, die umfangreiche Modernisierung auf eine tragfähige finanzielle Grundlage zu stellen. Dafür gilt allen Beteiligten unser ausdrücklicher Dank. Mein Dank gilt besonders auch unseren Mieterinnen und Mietern für ihre Geduld und ihr Verständnis sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen Einsatz.“

Alexander Rychter, Verbandsdirektor des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen: „Der City Wohnpark zeigt, wie bestehende Wohnquartiere zukunftsfähig weiterentwickelt werden können. Die Modernisierung erhöht die Wohnqualität und trägt zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude bei. Zudem leistet sie einen Beitrag dazu, bezahlbares Wohnen langfristig zu sichern. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten sind solche Investitionen unverzichtbar. Damit Wohnungsunternehmen diesen Weg weitergehen können, brauchen sie Planungssicherheit und eine verlässliche öffentliche Förderung, für die Nordrhein-Westfalen seit Jahren wichtige Impulse setzt.“



Nordrhein-Westfalen investiert in modernen Wohnraum und sichert bezahlbare Mieten: Mit 51,1 Millionen Euro und einem Tilgungsnachlass von rund 11,1 Millionen Euro aus Mitteln der öffentlichen Wohnraumförderung hat das Land die umfassende Modernisierung des City Wohnparks in Duisburg-Hochfeld unterstützt.

Mehr Wohnqualität für ein ganzes Quartier

Der zwischen 1969 und 1972 errichtete City Wohnpark umfasst 16 Gebäude mit 421 Wohnungen und rund 30.000 Quadratmetern Wohnfläche. Die Modernisierung wurde in vier Bauabschnitten umgesetzt. Nach rund fünfeinhalb Jahren Bauzeit sind die Arbeiten weitgehend abgeschlossen.

Rund 29.000 Quadratmeter Fassadenfläche wurden energetisch ertüchtigt, Gebäudehüllen verbessert und Fenster erneuert beziehungsweise modernisiert. Hauseingänge und Treppenhäuser wurden aufgewertet und die Zugänglichkeit verbessert.

Zusätzlich modernisierte die GEBAG nach Auszügen 96 Wohnungen auch im Inneren. Diese Maßnahmen finanzierte das Unternehmen selbst; sie waren nicht Bestandteil der öffentlichen Fördersumme.

Mehr Raum für Begegnung und Nachbarschaft

Auch das Wohnumfeld wurde aufgewertet. Neue Spiel-, Fitness- und Aufenthaltsbereiche schaffen zusätzliche Möglichkeiten für Begegnung und Nachbarschaft. Das Freiraumkonzept knüpft an die vorhandenen Grün- und Baumbestände an. Übersichtlichere Wege, bessere Sichtbeziehungen und eine angepasste Beleuchtung sollen Angsträume reduzieren und das Sicherheitsempfinden verbessern. Das Quartiersbüro der GEBAG sichert darüber hinaus die Präsenz des Unternehmens vor Ort.

Bestandserhalt ist auch Klimaschutz

Nach einer projektbegleitenden Untersuchung konnten durch den Erhalt der vorhandenen Bausubstanz gegenüber einem Abriss und Ersatzneubau knapp 15.000 Tonnen CO₂ rechnerisch vermieden werden.

5.000. Gründungsstipendium.NRW geht nach Bochum – Förderung für die Zukunft gut aufgestellt

Ministerin Neubaur übergibt Jubiläumsförderung an Start-up für blinde und sehbehinderte Menschen – Programm wird um drei Jahre verlängert

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Das Gründungsstipendium.NRW geht in die nächste Runde: Das erfolgreiche Förderprogramm des Landes wird für weitere drei Jahre fortgesetzt. Gründerinnen und Gründer können auch künftig mit bis zu 1.200 Euro monatlich für maximal zwölf Monate unterstützt werden. Zugleich wird das Programm gezielt weiterentwickelt, damit die Förderung dort ankommt, wo sie in der frühen Gründungsphase besonders gebraucht wird. Die neuen Förderbedingungen treten zum 1. Oktober 2026 in Kraft. Beim Senkrechtstarter Award in Bochum würdigte Wirtschaftsministerin Mona Neubaur die jungen Gründerinnen und Gründer von Blinc – das Gründungsteam erhält das 5.000. Gründungsstipendium.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur: „Das Gründungsstipendium.NRW zeigt seit Jahren: Wer eine gute Idee hat, verdient die Chance, sie auszuprobieren. Über 5.000 Mal haben wir das inzwischen ermöglicht – zuletzt bei Blinc aus Bochum, die den Arbeitsmarkt für blinde und sehbehinderte Menschen zugänglicher machen. Deshalb setzen wir das Programm für drei weitere Jahre fort, mit einem klaren Fokus auf die frühe Phase, in der Gründerinnen und Gründer die Unterstützung am meisten brauchen.“

5.000. Stipendium an Blinc aus Bochum

Samuel Sommerhoff ist Gründer des Unternehmens Blinc aus Bochum. Gemeinsam mit seiner Gründungspartnerin Marit Schweflinghaus verfolgt er das Ziel, die Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dazu gehören eine spezialisierte Jobplattform und VR-Simulationen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Ministerin Neubaur: „Das Team des Gründungsvorhabens Blinc zeigt: Gründungen in Nordrhein-Westfalen sind innovativ und haben sehr häufig einen gesell-

schaftlichen Mehrwert. Es geht vielen Gründerinnen und Gründern des Gründungsstipendium.NRW nicht nur um ein erfolgreiches Unternehmen, sondern auch um einen echten Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.“

Das Gründungsstipendium.NRW im Überblick:

- 9.327 Personen aus 5.551 Gründungsvorhaben haben sich beworben.
- 6.025 Gründerinnen und Gründer wurden von einer Jury zur Förderung empfohlen.
- Die angehenden Stipendiatinnen und Stipendiaten sind durchschnittlich 30 Jahre alt.

Mit dem Gründungsstipendium.NRW erhalten bis zu drei Gründerinnen und Gründer eines Start-ups bis zu ein Jahr lang jeweils 1.200 Euro monatlich.

Weitere Informationen und eine Liste der regionalen Ansprechpartner finden Sie unter: www.gruendungsstipendium.nrw.

Brauchtum, Tradition und moderne Pferdezucht: Ministerin Silke Gorißen eröffnet die Warendorfer Hengstparaden 2026

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Am kommenden Wochenende schließt das Nordrhein-Westfälische Landgestüt sein Jubiläumsprogramm zum 200-jährigen Bestehen mit den Warendorfer Hengstparaden und der eine Woche später folgenden „Parade bei Nacht“ ab: Die traditionsreichen Veranstaltungen zählen zu den Höhepunkten der Pferdereion Münsterland und haben landesweite Strahlkraft. Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen eröffnet die Hengstparade am Samstag, 19. September 2026.

Ministerin Silke Gorißen: „Das Nordrhein-Westfälische Landgestüt blickt in diesem Jahr auf eine beeindruckende, zwei Jahrhunderte umfassende Geschichte zurück. Seit der Gründung im Jahr 1826 hat es sich von der einstigen Bereitstellung von Kavalleriepferden zu einem zentralen Pfeiler der modernen Pferdezucht und Reiterausbildung in Deutschland gewandelt. Das Zusammenspiel von überliefertem Brauchtum, Tradition und moderner Pferdezucht macht es zu einem



einzigartigen Ort in Nordrhein-Westfalen. Mit der Ausbildung von Fachkräften nimmt das Landgestüt zudem bedeutende Aufgaben für das Gemeinwohl wahr und ist ein landesweites, kulturelles Wahrzeichen.“ Die Ministerin weiter: „Mein besonderer Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landgestüts für die kompetente und sorgfältige Arbeit mit und für die Tiere an 365 Tagen im Jahr. Hier merkt man schnell, wie groß die Leidenschaft für die Reitkultur ist.“

Im Jubiläumsjahr „200 Jahre NRW Landgestüt“ erhalten die drei Veranstaltungen eine besondere Bedeutung. Seit 200 Jahren steht das Landgestüt für gute Qualität, ständige Weiterentwicklung in der Pferdezucht und das Bewahren von Traditionen. Die Hengstparaden bringen diese Geschichte alljährlich eindrucksvoll auf den Paradeplatz und verbinden sie mit modernen Elementen zu einer einzigartigen Show. Zu erleben sind elegante Reitvorführungen, anspruchsvolle Quadrillen, spektakuläre Formationen sowie eindrucksvolle Fahrschaubilder mit prachtvollen Kutschen und aufwändigen Geschirren.

Gestütsleiter Dr. Felix Austermann: „Die Warendorfer Hengstparaden sind ein Spiegelbild dessen, was unser Landgestüt seit 200 Jahren ausmacht: die Verbindung von Tradition und Fortschritt, von Zucht und Sport, von Wissen und Leidenschaft für das Pferd. Gerade in unserem Jubiläumsjahr möchten wir zeigen, wie lebendig dieses kulturelle und hippologische Erbe ist.“

Rund um den Paradeplatz lädt eine mit Ständen versehene Essensmeile zur Stärkung ein. Vor Beginn der Vorstellungen besteht die Möglichkeit, das Gestüts Gelände und die denkmalgeschützten Stallungen zu erkunden. Bei den Warendorfer Hengstparaden öffnen die Tore ab 11 Uhr, das Showprogramm beginnt um 14 Uhr und endet gegen 17.30 Uhr. Die „Parade bei Nacht“ am 26. September beginnt um 19 Uhr; bereits ab 16 Uhr ist der Besuch des Gestüts Geländes möglich.

Höhepunkt auf Höhepunkt: Das Jubiläumsjahr des Nordrhein-Westfälischen Landgestüts steuert auf sein großes Finale zu

Das Jubiläumsjahr des Nordrhein-Westfälischen Landgestüts geht mit den Warendorfer Hengstparaden in die Schlussphase. Von Februar bis Ende September 2026 feierte das Gestüt sein 200-jähriges Jubiläum mit einem vielfältigen Programm, das einen Bogen über hippologische, kulturelle sowie neue Veranstaltungsformate geschlagen hat.



„In unserem Jubiläumsjahr konnten wir die ganze Vielfalt des NRW Landgestüts präsentieren“, erklärt Gestütsleiter Dr. Felix Austermann. „Ob Kultur, Unterhaltung oder hippologische Events – das Veranstaltungsprogramm bot für alle Generationen, Kulturfreunde, Pferdebegeisterte und Familien gleichermaßen besondere Erlebnisse.“ Besonders in guter Erinnerung bleiben die Warendorfer Frühlingslichter, die als strahlender Auftakt über 20.000 Besucher auf das festlich illuminierte Gelände lockten, sowie die emotionale „Jubiläums-Symphonie“, bei der die Kölner Symphoniker die Schaubilder der Reiter und Pferde des Landgestüts live begleiteten.

200 Jahre lebendiges Kulturgut

Seit zwei Jahrhunderten steht das Nordrhein-Westfälische Landgestüt für Qualität, Tradition und Fortschritt in der Pferdezucht. Als Einrichtung des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gehört es mit rund 65 Mitarbeitenden und 22 Ausbildungsplätzen zu den größten staatlichen Gestüten Europas. Gegründet wurde es 1826 als Preußisch-Rheinisch-Westphälisches Landgestüt auf Wunsch der heimischen Züchter. Bis heute erfüllt das Gestüt eine zentrale Doppelrolle: Es sichert die Bereitstellung hochwertiger Vererber und bewahrt als lebendiges Kulturgut die klassische Reit- und Fahrlehre. Neben der Zucht, Ausbildung und Leistungsprüfung von Hengsten beherbergt das Areal in Warendorf mit der angegliederten Deutschen Reitschule zudem das Zentrum der deutschen Berufsreiterei. Hochkarätige Veranstaltungen oder Kulturevents rund ums Pferd machen das Landgestüt überdies zu einem touristischen Magneten für die Stadt Warendorf und das gesamte Münsterland.

Dateiname: KW 38-2
Verzeichnis: C:\Users\KatrIn\OneDrive\Dokumente
Vorlage: C:\Users\soenksen\AppData\Roaming\Microsoft\Templa-
tes_TdW.dotx
Titel:
Thema:
Autor: Schumacher, Kai-Oliver (CDU)
Stichwörter:
Kommentar:
Erstelldatum: 14.06.2023 11:54:00
Änderung Nummer: 8
Letztes Speicherdatum: 18.09.2026 14:45:00
Zuletzt gespeichert von: Lehmann, Svenja (CDU)
Letztes Druckdatum: 18.09.2026 19:46:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 36
Anzahl Wörter: 10.420 (ca.)
Anzahl Zeichen: 65.652 (ca.)